

Über die alternde Gesellschaft in Deutschland

„Zur Diskussion über ein drängendes Problem“ versteht Dr. Karl-Ludwig Ay seinen Beitrag. Er ergänzt das Thema „Interkulturalität“, weil häufig als eine mögliche Lösung des Problems der alternden Gesellschaft die Zuwanderung nach Deutschland gesehen wird. Diese Meinung teilt der Autor allerdings nicht. – Dr. Karl-Ludwig Ay war als wissenschaftlicher Angestellter der Bayerischen Akademie der Wissenschaften bayerischer Landeshistoriker (1968 – 1982) und Generalredaktor der historisch-kritischen Max Weber-Gesamtausgabe (1982 – 2004).

Offenbar plagen dramatische Verschiebungen im Altersaufbau die Gesellschaft unseres Landes. Die Gesamtbevölkerung schrumpft seit einigen Jahren. Dieser Vorgang wird sich in den kommenden Jahrzehnten beschleunigen. Zugleich aber nehmen die Zahl, die Lebensdauer und die Lebensqualität der alten Menschen zu, und dementsprechend wachsen die Lasten, die der Sozialstaat zu tragen hat. Wer diese Entwicklungen verfolgt, befürchtet notwendigerweise, dass der ökonomische und soziale Status nicht nur der vielen Alten, sondern des ganzen Landes bedroht sei: Wie sollen die wenigen Jungen die Lebenshaltung der vielen Alten finanzieren? Findet die Wirtschaft auch in Zukunft die notwendigen Arbeitskräfte? Und: Wie entwickeln sich die Pflege-, Gesundheits- und Versorgungskosten und die Rentenlasten?

Vorweg: Der vorliegende Artikel beantwortet diese Fragen nicht, zumal solche Überlegungen naturnotwendig von Wertsetzungen ausgehen und eigentlich

recht unbestimmt sind. Daher soll die Frage behandelt werden, was ist, und um welche Kosten es geht. Oder: Welche Wandlungen macht das Land gegenwärtig durch?¹

Um welche Dimensionen es sich handelt, macht ein Blick zurück deutlich: Das Durchschnittsalter der Deutschen lag um 1900 bei 27 Jahren², die mittlere Lebenserwartung der lebend Geborenen bei 37 Jahren³; wer freilich – die Kindersterblichkeit war damals noch hoch – den ersten Geburtstag erreichte, hatte etwa 47 Lebensjahre vor sich⁴, nur 51 von 1000 Menschen waren über 65 Jahre alt, und von diesen erreichten gerade 28 den 70. Geburtstag⁵. Das hat sich in den letzten 100 Jahren dramatisch neu gestaltet. Und noch immer vollzieht sich eine dynamische Veränderung im Altersaufbau, an der alle Altersgruppen teilhaben.

Die Jungen

Es kommen deutlich weniger Kinder als früher zur Welt.

1. Die Zahl der Geburten je 100 Frauen ging von 470 (um 1870)⁶ auf heute 140⁷ zurück. Die Bevölkerungszahl bleibt aber nur stabil, wenn je 100 Frauen im Laufe ihres Lebens durchschnittlich 210 Kinder zur Welt bringen⁸.

2. Die Frauen früher waren bei der Geburt ihres ersten Kindes wesentlich jünger als die Mütter von heute. Derzeit bringen die Frauen ihr erstes Kind erst mit durchschnittlich 30 Jahren zur Welt.

Diese beiden Faktoren – der Rückgang der Geburtenzahl sowie das längere Warten auf das erste Kind – senken tendenziell die Bevölkerungszahl, und sie bewirken beide einen Rückgang des Anteils von Kindern und Jugendlichen an der gesamten Bevölkerung.

Die Älteren und Alten

■ Etwa seit Mitte des 19. Jahrhunderts nimmt die durchschnittliche Lebenserwartung der jeweils Neugeborenen jährlich um etwa drei Monate zu, anfangs, weil man die gewaltige Kindersterblichkeit allmählich eingrenzen konnte, dann wegen verbesserter Hygiene, Fortschritten bei der Seuchenbekämpfung und immer besserer ärztlicher Versorgung und Ernährung. 1913 lag die Lebenserwartung bei 50 Jahren⁹, heuteliegt sie bei etwa 80 Jahren¹⁰.

Möglicherweise verlangsamt sich dieser Vorgang in unserer Zeit auf knapp zwei Monate jährlich bei den Männern und reichlich einen Monat bei den Frauen.¹¹

¹Die Wissenschaft von der Demographie, „Bevölkerungswissenschaft“, untersucht seit Jahrzehnten den Geschlechter- und den Altersaufbau der Gesellschaft in Deutschland. Eine von führenden Sachkennern erarbeitete Zwischenbilanz dieser Forschungen findet sich in: Demographischer Wandel (Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft 10 – 11/2011, vom 7. März 2011). Vorliegender Beitrag stützt sich v. a. auf die dort publizierten Aufsätze sowie auf den Internetauftritt des Statistischen Bundesamts.

²Artikel Bevölkerung, in: Meyers großes Kon-

versationslexikon, 6. Aufl., Bd. 2, 1906, S. 789.

³Überlebende Mädchen hatten 38,5, Jungen 35,6 Jahre vor sich; Artikel Sterblichkeit, in: dass., Bd. 18, 1909, S. 943

⁴Meyer, Band 18, Artikel Sterblichkeit

⁵Meyer, Band 2, Artikel Bevölkerung

⁶Norbert F. Schneider, Jürgen Dorbritz, Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur. In: Demographischer Wandel, S. 29, Abb. 1

⁷Björn Schwentker, James W. Vaupel, Eine neue Kultur des Wandels. In: Demographischer Wan-

del, S. 7, Anm. 9.

⁸Schwentker/Vaupel, S. 3, Anm. 1.

⁹Meyer, Band 2, Artikel Bevölkerung

¹⁰Frauen, die heute geboren werden, werden voraussichtlich im Durchschnitt 82,5 Jahre alt. Männer sterben in der Regel etwas früher, mit gut 77 Jahren. Schwentker/Vaupel, S. 3 – 5. Es gibt also mehr Witwen als Witwer

¹¹Siehe auch Axel Börsch-Supan, Ökonomische Auswirkungen des demographischen Wandels. In: Demographischer Wandel, S. 20.

■ Etwa die Hälfte aller Babys des Jahres 2010 hat ein Leben von 100 Jahren oder mehr vor sich.¹²

– Mit der Verlängerung der Lebenszeit wächst tendenziell die Bevölkerungszahl, wobei der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung steigt. Sie wollen in Ruhestand und Alter als Rentner ihren gewohnten Lebenszuschnitt beibehalten, und das kostet sehr viel Geld.

Tendenzen der demographischen Entwicklung

■ Um 1900 bildeten die wenigen Alten und die vielen Jungen jene Hälfte der Bevölkerung, für deren Lebensbedürfnisse die andere Hälfte im erwerbstätigen Alter aufzukommen hatte, – und diese Hälfte umfasste natürlich auch die im Regelfall berufslosen Frauen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgingen, aber als Hausfrauen unentbehrliche, große Arbeitsleistungen erbrachten. Es ging also wohl weit weniger als die halbe Bevölkerung einer bezahlten Arbeit nach und sorgte so für den größeren Rest.

■ Heute ist die halbe Gesamtbevölkerung erwerbstätig: 40,4 Mio. „Erwerbstätige“¹⁴, davon 4,4 Mio. Selbstständige (inkl. mithelfende Familienangehörige)¹⁵, kommen für die vielen Alten und ebenso viele Jungen auf.

■ Freilich: Damals gab es bei 54 Mio. Gesamtbevölkerung 19,8 Mio. Kinder und Jugendliche unter 16 bzw. 25 Mio. unter 21 Jahren, etwa 30 Mio. zwischen 20 und 65 und kaum 2 Mio. Alte¹⁶. Heute gibt es bei einer um ein Drittel größeren Bevölkerungszahl 20,3 Mio. Junge unter 25 bzw. 11 Mio. Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre gegenüber 17 Mio. über 65-Jährige (Tab. 1). Die Menge der zukünftig Erwerbstätigen geht also offen-

Altersgruppen/Familienstand	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009
nach Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren						
unter 6	1 000	4 346,1	4 245,2	4 192,3	4 154,1	4 117,3
6 bis 15	1 000	7 303,7	7 196,2	7 089,4	6 985,0	6 905,3
15 bis 25	1 000	9 689,6	9 610,6	9 498,5	9 379,5	9 251,5
25 bis 45	1 000	23 736,4	23 319,0	22 896,6	22 353,3	21 818,3
45 bis 65	1 000	21 492,1	21 644,6	22 022,3	22 401,5	22 808,0
65 und mehr	1 000	15 870,1	16 299,3	16 518,7	16 729,0	16 901,7
Insgesamt	1 000	82 438,0	82 314,9	82 217,8	82 002,4	81 802,3
nach Familienstand						
ledig	1 000	33 954,2	34 035,7	34 151,6	34 202,9	34 256,8
verheiratet	1 000	36 678,6	36 339,3	35 992,7	35 612,4	35 279,1
verwitwet/geschieden	1 000	11 805,3	11 940,0	12 073,5	12 187,1	12 266,3

Tab. 1 Bevölkerung nach Altersgruppen und Familienstand¹³

sichtlich seit Jahrzehnten ebenso dramatisch zurück, wie die der nicht mehr erwerbstätigen Alten steigt. Und diese Entwicklung setzt sich beschleunigt fort, zumal die geburtenstarken Jahrgänge der sog. Babyboomer aus den 60er-Jahren in etwa zehn Jahren das Rentenalter erreichen. Im Zeitraum von 2030 bis 2060 wird bei einem starken Anstieg der Zahl alter Menschen ein Rückgang der Gesamtbevölkerung auf zwischen 65 und 70 Mio. erwartet (Tab. 2).

Neben der Verlängerung der Lebenszeit und dem Rückgang der Geburtenzahlen ist noch ein drittes Thema für die demographische Entwicklung relevant.

Wanderungsbewegungen

Das sind die Wanderungsbewegungen seit 1956 (Tab. 3):

■ Zuwanderung: Insgesamt kamen seit 1955/56 ca. 40 Mio. Menschen ins Land: angeworbene „Gastarbeiter“, EU-Bürger, Soldaten der verbündeten Armeen, Aussiedler und Russlanddeutsche, Asylbewerber, „geduldete Ausländer“ aus Kriegs-

und Bürgerkriegsgebieten, Studenten, zurückgekehrte Auslandsdeutsche und Auswanderer. Die nichtdeutschen Zugewanderten, ihre Kinder und Enkel werden in der Statistik als Teil der Bevölkerung mitgezählt. Viele von ihnen sind kulturell, sozial und wirtschaftlich integriert und eingebürgert und tauchen nicht mehr in der Wanderungsstatistik auf.

Im Jahr 2009 gab es laut Mikrozensus bei einer Gesamtbevölkerung von 81,9 Mio. Menschen 15,7 Mio. „Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne“ sowie laut „Ausländerzentralregister“ eine „ausländische Bevölkerung“ von 6,7 Mio., zusammen 22,4 Mio., also über 25 Prozent der Wohnbevölkerung.

■ Abwanderung: Das Land verlassen haben in derselben Zeit ca. 30 Mio. Menschen, darunter in ihre Heimat zurückgekehrte Zuwanderer und Soldaten fremder Armeen, deutsche Auswanderer, Studenten mit ausländischem Studienplatz oder Berufstätige mit ausländischem Arbeitsplatz.

■ Wanderungsgewinn seit 1955: ca. 10 Mio.

¹² Schwentker/Vaupel, S. 5.

¹³ aus: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/Content75/AltersgruppenFamilienstand.psm1>

¹⁴ Statist. Bundesamt, Erwerbstätigkeit 1.Quartal

2011 (<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/Erwerbstaetige.psm1>).

¹⁴ Statist. Bundesamt, Tab. Arbeitsmarkt. Selbstständige im Inland (<http://www.destatis.de/>

[jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Content75/Irwrw15a,templateId=renderPrint.psm1](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Content75/Irwrw15a,templateId=renderPrint.psm1)).

¹⁶ Zahlen z. T. hochgerechnet auf der Basis des Materials in: Meyer, Band 2, Bevölkerung.

Merkmal	Variante "mittlere" Bevölkerung			
	1 000			
	2008	2020	2030	2060
Untergrenze	82 002	79 914	77 350	64 651
Obergrenze	82 002	80 437	79 025	70 120

Tab. 2 Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland bis 2060¹⁷

Bevölkerung nach detailliertem Migrationsstatus			
	2007	2008	2009
	in 1 000		
Insgesamt			
Bevölkerung (Mikrozensus)	82 257	82 135	81 904
Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne (Mikrozensus)	15 411	15 566	15 703
Ausländische Bevölkerung (Ausländerzentralregister)	6 745	6 728	6 695
Einbürgerungen (Einbürgerungsstatistik)	113	94	96

Tab. 3 Migration und Integration¹⁸

Die Wanderungsbilanz ist seit wenigen Jahren leicht negativ¹⁹. Die Konkurrenz anderer Einwanderungsländer, Sprachhürden und bürokratische Vorgaben, die anderswo eine geringere Rolle spielen, die Mauern um die Festung Europa, Abwehrhaltungen in der Bevölkerung („Kinder statt Inder“) und Islamophobie tun ihre Wirkung, und das Reservoir der Deutschstämmigen aus Osteuropa scheint erschöpft zu sein.

Ökonomische und sozialpolitische Aspekte und Zwänge

Setzen wir die drei Tendenzen – längere Lebensdauer, Geburtenrückgang, Stagnation der Wanderungsbilanz – in Beziehung zum ökonomischen Thema der Erwerbstätigkeit. Drei Gruppen Erwerbstätige sind zu unterscheiden:

- Selbständige und Freiberufler,
- Beamte und Soldaten,
- Arbeiter und Angestellten

Die erstere Gruppe spielt trotz ihrer zahlenmäßigen Größe nur bei den bevölke-

rungepolitischen, nicht jedoch bei den sozialpolitischen Überlegungen der Demographen eine nennenswerte Rolle: Die Selbständigen, das sind die Unternehmer, die selbständigen Geschäftsleute, Handwerker und Bauern, kurz, alle Gewerbetreibenden bis hin zum Kioskbesitzer und zum scheinselbstständigen Lastwagenfahrer, und das sind die Freiberufler, Ärzte oder Rechtsanwälte mit eigener Praxis oder Kanzlei, Künstler und Schriftsteller. Diese Gruppe umfasste in Deutschland im Jahr 2000 immerhin 4,4 Mio. Menschen²⁰. Sie alle leben und arbeiten sozusagen „auf eigene Rechnung“, und weil die Sozialversicherung sie nicht erfasst, gibt es für sie auch kein „Rentenalter“. Die meisten von ihnen arbeiten, bis es im hohen Alter oder wegen Krankheit einfach nicht mehr geht.

Dann sind die Beamten und Soldaten zu nennen. Derzeit stehen 4,5 Mio. Personen im Öffentlichen Dienst²¹, darunter auch eine ungewisse Zahl Angestellte und Arbeiter. Sie werden in der Regel und von Sondergruppen abgese-

hen spätestens mit 65 Jahren pensioniert. Es gibt für sie keine Versicherungspflicht, sie werden als Pensionäre vom bisherigen Arbeitgeber versorgt. Zurzeit beziehen 1,1 Mio. Pensionäre „Ruhegehalt“²². Sie bleiben ihrem Dienstherrn also bis zum Tode verbunden.

Alles in allem stehen in Deutschland etwa 9 Mio. Selbständige und Staatsdiener, das sind 22,5 Prozent aller Erwerbstätigen, außerhalb des Systems der gesetzlichen Sozial- und Pflichtversicherungen, das den Kern der deutschen Alterssicherung bildet.

Den größten Anteil an den Erwerbstätigen im Lande – ca. 31 Mio. Menschen oder 78 Prozent – haben die Arbeiter und Angestellten aller hierarchischen Stufen. Um sie geht es im Folgenden vor allem, denn vor allem für ihre soziale Sicherung wurde das auf dem Prinzip der Pflichtversicherung ruhende staatliche System der sozialen Sicherheit in Deutschland eingerichtet.

Seine Finanzierung basiert einerseits auf der Solidarität zwischen den Arbeit-

¹⁷ <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung.psml>

¹⁸ <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Bevoelkerung/MigrationIntegration/MigrationIntegration.psml>

¹⁹ Die folgenden Zahlen für Zu- und Abwanderung sind aus der Tabelle Wanderungen, Deutschland des Statistischen Bundesamts gewonnen. Saldo 1960 – 1973: jährlicher Gewinn zwischen 100 000 und 547 000; Saldo 1991–2009: zwischen +782.000 (1992) und -55.700 (2008); Abwanderung seit 1955 stabil bei

600.000 bis 800.000; Zuwanderung schwankt zwischen 680.000 und 1.500 000 (1992); größter Wanderungsverlust (224.000) im Jahre 1975 (Zuwanderung: 429.064, Abwanderung: 652 966); Wanderungssaldo 2009: Zuwanderung 721.014, Abwanderung 733.796; Bevölkerungsverlust: 12.782. (<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Bevoelkerung/Content75/lrbev07a,templateId=renderPrint.psml>).

²⁰ Statist. Bundesamt, Tabelle Arbeitsmarkt, Selbständige im Inland ([<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Arbeitsmarkt/Content75/lrerv15a,templateId=renderPrint.psml>\).](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitrei-</p>
</div>
<div data-bbox=)

²¹ Statist. Bundesamt, Tabelle Personal im Öffentlichen Dienst am 30. Juni 2009 (<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/FinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/OeffentlicherDienst.psml>).

²² Statist. Bundesamt, Tabelle Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes vom 1. 1. 2010. (<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/FinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/Pensionaere/Tabelle/Content75/Versorgungsempfaenger,templateId=renderPrint.psml>).

nehmern untereinander sowie zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die zu gleichen Teilen in die Sozialkassen einzahlen. Wir erleben derzeit, dass die Arbeitgeber Wege finden, ihren Anteil zu verringern. Die Finanzierung beruht andererseits auf dem Umlageprinzip; d. h., dass die jetzt anfallenden Kosten jetzt auf die Beitragszahler umgelegt werden, und überdies darauf, dass der Bundeshaushalt mit hohen Zahlungen für die Kosten einsteht, die den Sozialversicherungen mit der Neueinführung zusätzlicher Leistungspflichten durch den Gesetzgeber und mit der Verlagerung politisch bedingter Kosten der Wiedervereinigung entstanden sind.

Anderswo, etwa in der Schweiz und bei unseren privaten Versicherungen, werden die Versicherungsleistungen aus dem angesammelten Kapitalstock finanziert. Was mit der kapitalgedeckten Sozialversicherung und ihren Leistungen im Falle einer großen Geldentwertung geschähe, wie sie Deutschland mindestens zweimal erlebt hat, liegt freilich sehr im Ungewissen.

Dass der demographische Wandel die Kassen der Sozialversicherungen nicht unberührt lässt, liegt auf der Hand. Die Ruheständler werden nicht nur älter, sondern auch zahlreicher.

■ Dies belastet Rentenkassen in dreifacher Hinsicht: Es gibt

a) immer mehr Menschen, die Rentner eben, die b) keine Beiträge mehr einzahlen, aber c) ihre monatliche Rente über längere Zeit beziehen.

■ Dass mehr Menschen immer länger leben, bedeutet auch, dass sich zusätzlich zu den normalen Krankheiten, die jeden in jedem Lebensalter treffen können, die spezifischen Alterskrankheiten – z. B. Gelenkverschleiß, Augen-, Herz- und Kreislauferkrankungen – häufen. Diese Krankheiten werden dank des medizinischen Fortschritts regelmäßig und zu hohen Kosten weitgehend behoben.

Die Krankenkassen und die Pflegekassen werden also wie die Rentenkassen von drei Seiten belastet: Die Rentner zahlen geringere Versicherungsprämien ein als in ihrer aktiven

Zeit, während sie über eine längere Zeit mehr und teurere medizinische Behandlungen erhalten.

In absehbarer Zeit wird aber der demographisch bedingte Druck auf die Sozialkassen noch weiter zunehmen. Denn letztmals um 1960 wurden bei uns viele Kinder geboren. Diese starken Jahrgänge erreichen bald das Rentenalter. Dann wird die Zahl der Erwerbstätigen noch weiter abnehmen, was die volkswirtschaftliche Leistungskraft des Landes schwer belasten wird.

Der Druck auf die Kassen des Sozialsystems nimmt dann weiter zu. Es geht dann nicht nur um die Kosten des Sozialstaats, sondern auch um ihre Verteilung. Sie werden, wenn sich außer der Zusammensetzung der Bevölkerung nichts ändert, unbezahlbar hoch sein oder das Gemeinwesen erdrücken. Sicher ist, dass es die eine, große Lösung nicht gibt. Welche Wege werden stattdessen bereits beschritten?

Kostenseite

■ Der Aufwand für die Renten wird seit etwa zehn Jahren durchaus merklich gedrosselt. Die Rentendynamik, nach welcher sich die einzelne Rente proportional genau so wie die Löhne und Gehälter der Erwerbstätigen entwickeln sollte, ist mehr oder weniger außer Kraft. Die jährlichen Rentenerhöhungen bleiben weit hinter der Lohnentwicklung zurück.

■ Es gibt auch immer wieder einmal Vorstöße, den medizinischen Aufwand für die Alten und damit ihre Lebenszeit zu begrenzen. Ein Beispiel ist eine Hüftoperation im hohen Alter.

■ Komplementär wurde vor etwa zehn Jahren das Instrument der kapitalgedeckten „Riesterrente“ entwickelt, die nicht mehr solidarisch finanziert wird.

Einnahmenseite

■ Man kann die Sozialabgaben der Erwerbstätigen und ihrer Arbeitgeber erhöhen. Dies geschieht tatsächlich in sehr kleinen Schritten. Ein ausreichend großer Schritt ist jedoch wirt-

schafts- und sozialpolitisch nicht durchsetzbar. Er würde die Kaufkraft und den Konsum wohl in einem gesamtwirtschaftlich schädlichen Maße schmälern.

■ Und da ist schließlich die Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Erwerbstätigen. Wenn und solange jemand erwerbstätig ist, zahlt er in die Systeme ein, ohne Leistungen zu beziehen.

Es geht also um die Frage, wie die Erwerbstätigen im Lande in den Stand versetzt werden können, auch in Zukunft sowohl die Erziehungs- und Ausbildungslast von Kindern, Jugendlichen und Studenten als auch die Kosten der Lebenshaltung von Rentnern und Pensionären zu tragen.

Wenn dies denn ein politisches Ziel und eine sozialpolitische Notwendigkeit ist, geht es folglich um die Frage, wer die Arbeit leisten muss/darf, von der die Erhaltung des sozialen Sicherungssystems in der alternden Gesellschaft abhängt. Kurz: Es geht um die Ausweitung des Arbeitskräftepotenzials.

Freilich hängt hier alles davon ab, ob es überhaupt Arbeitsplätze in genügender Zahl gibt. Denn in einer wirtschaftlich schwachen Umgebung verschärfen alle Maßnahmen zur Gewinnung von zusätzlicher Arbeitskraft tendenziell die Arbeitslosigkeit. Denn in schlechten Zeiten schickt man entweder die Alten früher in den Ruhestand, wie das in der Bundesrepublik lange Zeit üblich war, oder verwehrt den Jungen den Zugang zum Arbeitsmarkt. Griechenland, Italien und Spanien haben derzeit bis zu 40 Prozent Jugendarbeitslosigkeit.

Seien wir optimistisch, richten wir den Blick auch auf die ungenutzten Reservoirs an Arbeitskräften²³! Wer kommt infrage?

■ Ob man an die Dauerarbeitslosen und die arbeitslosen Jugendlichen, die Suchtkranken und zerbrochene Menschen wie im Osten Berlins, aber z. B.

²³Alternativ oder ergänzend ist hier auch daran zu denken, ob und welche Erträge aus Kapitalanlagen diese Aufgabe erleichtern.

auch an chronisch Kranke, Vorbestrafte oder Menschen mit psychischen Defekten Hoffnungen knüpfen sollte, sei dahingestellt. Trotz ihrer hohen absoluten Zahl sind wohl nur wenige von ihnen berufs- und arbeitsfähig.

■ Werden „Gastarbeiter“ helfen, wie in den Sechzigerjahren? Wir haben schon gesehen, dass das Reservoir an Zuwanderern, die dank ihrer beruflichen Qualifikation im Lande begehrt sind, erschöpft sein dürfte.

■ Und die verbliebenen Hausfrauen und die Frauen mit Minijobs (400-Euro-Jobs)? Dies wäre ein eigenes, großes Thema.

Und wie steht es mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit der ohnehin schon Erwerbstätigen. Das ist der Teil der Bevölkerung zwischen den Jungen bis hin zu den Rentnern! Diese Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird auf lange Sicht wohl die größte Rolle spielen, und sie ist längst in Gang gekommen:

■ Sie geschieht zurzeit durch die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit von zuletzt 38 Stunden auf jetzt etwa 40²⁴. Dieser Faktor erlaubt eine recht flexible Reaktion auf die wechselnde Nachfrage nach Arbeitskraft.

■ Wirksam ist wohl auch ein früherer Berufseintritt der Jungen. Er wird derzeit um ca. drei Jahre nach vorne geschoben. Die Instrumente sind ein früherer Schulabschluss um ein bis zwei Jahre (Grundschuleintritt schon mit fünf bis sechs Jahren, Abitur nach acht Jahren im Gymnasium) sowie der Wegfall von Wehrpflicht und Wehrersatzdienst.

Und auf der Seite der Alten? Als Bismarck 1889 das staatliche System der Altersrentenversicherung ins Leben rief, schickte er die 65-Jährigen in Rente. Freilich wurden damals nur ganz

wenige Menschen so alt. Die Frage ist, ob Bismarcks Rentenalter 65 eine unveränderliche Größe sein muss. Muss es sein, dass sich die meisten mit 62 oder 63 Jahren zur Ruhe setzen oder mit 65 aus dem Erwerbsleben entfernt werden? Sie zahlen dann nicht mehr in die Sozialkassen ein und beziehen durchschnittlich 15 Jahre lang Altersrente.

Geplant und teils auch schon gesetzlich geregelt ist nun ein um bis zu vier Jahre hinausgeschobenes gesetzliches Renteneintrittsalter (das Renteneintrittsalter 67 ist bereits gesetzlich fixiert, vorhersehbar ist die Verlängerung auf 69 Jahre). Das wird die Lösung der Schwierigkeiten leider nur hinausschieben, denn das Durchschnittsalter und damit die Bezugsdauer von Renten und medizinischen Leistungen steigt weiter (siehe oben). Die Frage ist, ob und mit welchen Abgrenzungen sich die Lebensarbeitszeit angemessen flexibel auf welche Dauer verlängern oder auch nur strecken lässt? Modelle dafür gibt es. Sie reichen bis zur generellen Abschaffung des fixierten Rentenalters²⁵.

Voraussetzungen für die Verlängerung der Erwerbsdauer

Die Voraussetzungen dafür, die Erwerbsdauer im menschlichen Leben zu verlängern, sind gegeben oder lassen sich schaffen.

■ Die wichtigste: Wir leben länger und sind länger – relativ – gesund. Und: Das Siechtum zum Tode, die sog. Mortalität, setzt viel später ein, dauert aber nicht länger als früher²⁶. Freilich hinterlassen mit den Jahren unsere Krankheiten, Eigenheiten der Lebensführung und schlichter, schmerzhafter Verschleiß Spuren. Die Menge an Medikamenten, die wir täglich schlucken, nimmt jedes Jahr

zu, und wir werden auch mit dem Operationstisch vertrauter. Und trotzdem – und vor allem – nimmt die Dauer von Gesundheit, Leistungs- und Arbeitsfähigkeit im Vergleich mit früheren Generationen stetig zu.

Das heißt aber, dass diejenigen Menschen in der alternden Gesellschaft, deren Broterwerb mit keiner überwiegend körperlichen Arbeit mit irreversiblen Verschleiß oder großer Verletzungsgefahr verbunden ist, länger berufs- und arbeitsfähig sind als zu Bismarcks und auch noch zu Adenauers Zeiten. Nur ihre Fähigkeiten ändern sich: Spannkraft und Ausdauer mögen im Alter nachlassen, doch der Erfahrungsschatz aus der beruflichen Praxis wächst. Den Älteren unterlaufen mehr flüchtige Fehler als den Jungen, doch deren Fehlleistungen kommen die Firmen teurer zu stehen²⁸.

Die meisten Künstler, Gelehrten, Gewerbetreibenden, Wirtschaftsführer bleiben ihrer Berufung treu, solange die Kräfte reichen. Vielen Freiberuflern erschiene eine fixe, gesetzlich vorgegebene Altersgrenze ziemlich absurd. Es liegt im Wesen der Sache, dass sie zwischen Privatleben und beruflichem Tun keine saubere Grenze ziehen und dass ihr Können jederzeit auf der Höhe der Zeit bleiben muss.

■ Vielen unselbständig Arbeitenden dagegen – Arbeitern und Angestellten in Fabrik und Büro – geht mit den Jahren die Vertrautheit mit dem neuesten Stand mangels Weiterbildung verloren.

■ Gewiss, es gibt das Instrument der beruflichen Weiterbildung. Doch nicht wenige Firmen schicken ihre über 40-jährigen Mitarbeiter dort normalerweise nicht mehr hin²⁹. Auf diese Weise entsteht „altes Eisen“, von dem man sich nach zehn, 15 oder

²⁴Artikel Deutsche schieben die meisten Überstunden, Spiegel-Online vom 6. Juni 2011: „In keinem Land der Euro-Zone gibt es einen so großen Unterschied zwischen der tarifvertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeit und der tatsächlichen Wochenarbeitszeit wie in Deutschland,“ sagte der EU-Sozialkommissar Laszlo Andor der

„Welt“. Die tarifvertraglich festgelegte Wochenarbeitszeit liege in Deutschland bei 37,7 Stunden, tatsächlich arbeiteten die Beschäftigten aber 40,4 Stunden.“ (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,766810,00.html>).

²⁵Vgl. die Aufsätze von Schwentker/Vaupel und Börsch-Supan (alle in: Demographischer Wan-

del; vgl. Anm. 3 und 11) sowie Tilman Mayer, Demographiepoltik – gestalten oder verwalten. In: Demographischer Wandel, S. 11 – 18.

²⁸Schwentker/Vaupel (wie Anm. 3), S. 5 f. 28 Schwentker/Vaupel, S. 8.

²⁹So das Ergebnis der Forschungen von Börsch-Supan, S. 23 f.

Alltagskompetenzen – Durchblick gehört dazu

Das Bildungsprojektes „Alltagskompetenzen – Durchblick gehört dazu“ der Verbraucherzentrale Hessen e. V. und des DHB-Netzwerk Haushalt Landesverband Hessen e. V. wurde durch den Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft der Universität Gießen evaluiert. Dort studiert die Autorin, B. Sc. Mareike Bröcheler, zurzeit im Masterstudiengang Haushalts- und Dienstleistungswissenschaften und ist seit 2007 als studentische Hilfskraft tätig.

Das Projekt

Das Projekt „Alltagskompetenzen – Durchblick gehört dazu“ wurde in Folge eines Strategieworkshops des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUELV) mit dem Ziel der Verbesserung von Alltagskompetenzen junger Menschen 2007 ins Leben gerufen. Es wendet sich mit einem umfangreichen Veranstaltungsangebot zur Stärkung von Alltagskompetenzen für junge Menschen und Familien an Bildungsträger und soziale Einrichtungen in Hessen. Das Angebot von derzeit 18 Veranstaltungsmodulen decken alle für den Alltag relevanten Themen ab (siehe Tabelle auf der nächsten Seite). Dabei können die

Module des DHB zudem zu einem „Haushaltsführerschein“ kombiniert werden, der den Teilnehmerinnen¹ die ganze Bandbreite haushälterisch relevanter Kompetenzen vermittelt.

Hintergrund des Bildungsprojektes

Der Alltag privater Haushalte in seiner Verflechtung zu gesellschaftlichen und marktwirtschaftlichen Einrichtungen bietet eine sich immer weiter differenzierende und kaum mehr überschaubare Vielfalt an Optionen und Entscheidungsnotwendigkeit. Das Spektrum an Produkten und Dienstleistungen zur Bewältigung des Alltags ist enorm vielfältig; globalisierte und privatisierte Märkte, neue Informations- und Kommunikationstechnologien und instabile

Arbeitsmarktlagen führen dabei zu einer stetig steigenden Komplexität für die Versorgung in Privathaushalten. Aus den verfügbaren Angeboten eine bedarfsgerechte und auf die Lebenssituation passende Auswahl zu treffen, stellt für die Haushalte eine enorme Herausforderung dar und erfordert umfassende Alltagskompetenzen. Defizite bei der Umsetzung einer ausgewogenen Ernährungsweise oder bei einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Haushaltsbudget können sowohl zu individuellen als auch zu gesellschaftlichen Problemen führen (dgh 2001; dgh 2002; dgh 2009).

Dieser Entwicklung trägt seit nunmehr vier Jahren das gemeinsame Projekt der Verbraucherzentrale Hessen e.V. (VZH) und des DHB – Netzwerk Haushalt Landesverbandes Hessen e.V. (DHB) Rechnung. Im Sinne eines lebenslangen Lernens als gesamt europäisches Bildungsziel wird besonders die Bedeutung regionaler Netzwerke zur trägerübergreifenden Realisierung von Bildungsangeboten betont (Emminghaus/Tippelt 2009).

Bereits vor Beginn des eigentlichen Projektes, führte die VZH in Kooperation mit der Prisma gGmbH, einem sozialen Träger für berufliche Bildung, Beratung und Starthilfen in Fulda, den Workshop „Gewusst wie – Essen und

Fortsetzung von Seite 166

20 Jahren trennt. Und: Wer weiß, dass er „altes Eisen“ ist, sagt, wenn sich die Chance bietet, gerne „ade!“

Resümee

Jenseits vom Lebensglück des Einzelnen und vom medizinischen Fortschritt gibt es Voraussetzungen und Möglichkeiten für eine zukünftige soziale Stabilität der alternden Gesellschaft. Sie liegen in der Sicherung der stabilen Ertragskraft und Belastbarkeit des ökonomischen Gesamtsystems. Dafür braucht es u. a. ein stabiles Verhältnis zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Arbeitskraft. Das bedeutet:

- a) notwendig ist die Stabilität des Angebots an Arbeitskraft trotz Schrumpfen der Bevölkerungszahl und Alterung der Gesellschaft, und
- b) eine Eingrenzung der Kosten des Sozialsystems.

Zu a) und b) braucht es eine Steigerung der Lebensarbeitszeit. Das kann

zu a) durch eine höhere Zahl von Arbeitsstunden pro Woche und/oder von Lebensjahren in Arbeit geschehen. Letzteres setzt voraus, dass die Erwerbsarbeit bis zum Schluss von einer berufsbezogenen Weiterbildung begleitet wird.

zu b) Die Eingrenzung der Kosten des Sozialsystems kann 1. durch eine Weiterentwicklung und Ausweitung kapitalgedeckter Pflichtversicherungs-

systeme (z. B. nach dem Vorbild von Betriebs- oder Riesterrente) und/oder 2. durch einen späteren Beginn des Rentenalters geschehen.

Ersteres bedeutet Konsumverzicht der aktiven angestellten Berufstätigen und Mehrkosten für ihre Arbeitgeber: Sie müssen sich zusätzlich zu allen bereits jetzt zu leistenden Sozialabgaben am Aufbau eines Kapitalstocks beteiligen.

Eine Nebenfolge wird die Verlängerung der Lebensarbeitszeit freilich mit sich bringen: Das Ehrenamt und die unbezahlte soziale Arbeit werden jetzt grobenteils von derselben Altersgruppe der „jungen Rentner“ geleistet, um deren längere Berufstätigkeit es hier und heute geht. Wer wird später ihre soziale Arbeit tun?